
AUSGABE: Nr. 33/2026 – Woche 31.08.26 bis 06.09.26

Israels Entsalzungsanlagen fallen aus

Fünf der sechs grossen israelischen Meerwasserentsalzungsanlagen mussten Anfang der Woche ihren Betrieb einstellen. Grund war eine ungewöhnlich starke Trübung des Meerwassers, die eine sichere Aufbereitung unmöglich machte. Betroffen waren Sorek A und B, Palmachim, Ashkelon und Ashdod; lediglich die Anlage in Hadera konnte zunächst weiterarbeiten. Der Vorfall ist für Israel besonders kritisch, weil die Entsalzungsanlagen einen erheblichen Teil der Trinkwasserversorgung sichern und jährlich rund 800 Millionen Kubikmeter Wasser produzieren. Eine siebte Anlage, die sich im westlichen Galiläa befindet, soll 2027 in Betrieb gehen und weitere 100 Millionen Kubikmeter liefern.



Die Entsalzungsanlage in Hadera (Bild: IDE Technologies Ltd., Israel).

Während anfangs ein Cyberangriff vermutet wurde, gibt es inzwischen eine andere Erklärung für den Ausfall: Nach Angaben des Leiters von Israel Oceanographic and Limnological Research handelt es sich offenbar um Mikroalgen aus dem Nildelta, die durch Strömung und Wellengang entlang der Mittelmeerküste nach Norden transportiert wurden. Zwar arbeiteten die Entsalzungsanlagen zwischenzeitlich kurz wieder, mussten dann aber erneut abgeschaltet werden. Die Wasserbehörde spricht damit weiterhin von einer aussergewöhnlichen, aber vorübergehenden Situation.

Für Privathaushalte soll die Wasserversorgung auch jetzt grundsätzlich gewährleistet bleiben, lokal kann es allerdings zu niedrigem Wasserdruck oder Ausfällen kommen. Stärker eingeschränkt wird der Verbrauch in der Landwirtschaft sowie für öffentliche Parks und Grünanlagen; Kommunen wurden angewiesen, dort möglichst wenig Wasser zu verwenden. Der Vorfall wirft zugleich die Frage auf, wie verwundbar Israels Wasserversorgung durch ihre starke Abhängigkeit von Meerwasserentsalzung ist: Umweltorganisationen warnen schon länger, dass nicht nur Cyberangriffe, sondern auch natürliche Algenblüten oder Meeresverschmutzung mehrere Anlagen gleichzeitig ausser Betrieb setzen können.

Haifa: Neuer Stadtteil im Ortseingang

Haifa will seinen südlichen Ortseingang grundlegend umbauen und dort ein neues Geschäfts-, Tourismus- und Unterhaltungsviertel schaffen. Der sogenannte „Strip“ soll sich über rund 130 Dunam – etwa 13 Hektar – erstrecken und Projekte nach dem Vorbild von Las Vegas, Singapur, New York und Barcelona aufgreifen. Geplant sind rund 191.000 Quadratmeter neue Bebauung. Die Kosten werden derzeit auf 2,5 bis vier Milliarden Schekel (rund 716 Mio. bis 1,15 Mrd. Euro bzw. 677 Mio. bis 1,08 Mrd. Franken) geschätzt.

Herzstück soll das bestehende Kongresszentrum werden, das deutlich erweitert wird. Dazu kommen eine Arena mit rund 10.000 Plätzen für Konzerte und Sportveranstaltungen sowie Hotels mit insgesamt etwa 750 Zimmern – das würde das Hotelangebot Haifas nach Angaben der Planer um rund 40 Prozent vergrößern. Ausserdem sind Restaurants, Geschäfte und Unterhaltungsangebote vorgesehen. Das Viertel soll zugleich den nahe gelegenen Hightech-Park Matam, in dem mehr als 15.000 Menschen arbeiten, sowie Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärker mit Tourismus und Kongresswirtschaft verbinden.

Eine Besonderheit ist die geplante Verbindung zum Bahnhof Hof HaCarmel und zum zentralen Busbahnhof. Von dort soll ein überdachtes und klimatisiertes System mit Laufbändern wie an Flughäfen Besucher direkt zum Kongresszentrum, zur Arena, zu den Hotels und bis ans Meer bringen. Darüber ist eine begrünte, schattige Promenade geplant, die sich am New Yorker High Line Park orientiert und mit Cafés, Restaurants und kleinen Geschäften zu einer eigenen Attraktion werden soll. Die Stadt hofft damit auch, mehr Besucher aus Tel Aviv und anderen Landesteilen für Tagesausflüge und Veranstaltungen nach Haifa zu holen.

Ob der „Haifa Strip“ tatsächlich gebaut wird, ist allerdings noch offen. Das Projekt befindet sich erst in der Planungs- und Machbarkeitsphase und hat das formelle Genehmigungsverfahren noch nicht begonnen. Auch die

Finanzierung ist bislang nicht gesichert; dafür wären voraussichtlich private Investoren, staatliche Unterstützung und zusätzliche Baurechte nötig. Hinzu kommen mögliche Einwände der Küstenschutzbehörden und von Umweltorganisationen. Zwischen der jetzigen Vision und einer tatsächlichen Umsetzung könnten also noch viele Jahre liegen.



So könnte das neue Viertel in Haifa aussehen (animiertes Bild: Moshly-Eldar Architects)

Israel erwartet 330.000 ausländische Arbeitskräfte – doch es fehlt an Unterkünften

Seit dem 7. Oktober 2023 hat Israel seine Abhängigkeit von palästinensischen Arbeitskräften drastisch reduziert und stattdessen in bislang unbekanntem Umfang Arbeiter aus dem Ausland ins Land geholt. Inzwischen leben insgesamt 250.000 legale und illegale ausländische Arbeitskräfte in Israel – so viele wie nie zuvor. Vor dem Krieg kamen noch etwa 150.000 Palästinenser regelmässig zur Arbeit nach Israel, heute sind es nur noch rund 20.000. Die Regierung hat die Obergrenze für ausländische Arbeitskräfte auf 3,3 Prozent der israelischen Bevölkerung beziehungsweise gut 330.000 Menschen festgesetzt. Die grössten Gruppen kommen derzeit aus Thailand, Indien, China, Sri Lanka und den Philippinen.

Das schnelle Wachstum schafft allerdings ein Problem, das bislang kaum gelöst ist: Wo sollen all diese Menschen wohnen? Anders als viele palästinensische Arbeiter, die nach Hause zurückkehren konnten, bleiben ausländische Beschäftigte meist mehrere Jahre in Israel. Arbeitgeber sind gesetzlich verpflichtet, ihnen angemessene Unterkünfte zur Verfügung zu stellen – unter anderem mindestens vier Quadratmeter Schlafraum pro Person, Küche, Bad, Strom, Wasser und ausreichende Belüftung. Kontrollen zeigen jedoch immer wieder massive Verstösse. Behörden berichten von

Arbeitern, die in Kühlräumen, auf Müllplätzen oder illegal auf Baustellen untergebracht wurden. Ein Arbeiter schildert, dass in seiner Wohnung zwölf bis 15 Menschen mit nur zwei Badezimmern lebten. Gleichzeitig ist die Zahl der staatlichen Mitarbeiter, die für Kontrolle und Durchsetzung zuständig sind, trotz des enormen Anstiegs der Arbeitsmigration praktisch unverändert geblieben.

Private Unternehmen mieten deshalb inzwischen ganze Wohnhäuser, ehemalige Seniorenheime oder Hostels und bauen sie zu Unterkünften um. Der Staat diskutiert unterdessen grosse Wohnkomplexe für mehrere Tausend Arbeiter; ein Pilotprojekt für 5.000 Menschen im Industriegebiet Ne'ot Hovav, Nahe Beersheva, kam bislang jedoch nicht voran. Auch andere Pläne des Bauministeriums, der israelischen Landbehörde und der Planungsverwaltung existieren bisher weitgehend nur auf dem Papier. Das könnte zum Problem werden, denn die Regierung plant zusätzlich 50.000 weitere ausländische Arbeitskräfte allein für Handel und Dienstleistungen ins Land zu holen. Branchenvertreter warnen deshalb, dass Israel zwar schnell Ersatz für die fehlenden palästinensischen Arbeitskräfte geschaffen habe, die notwendige Wohn- und Versorgungsinfrastruktur aber weit hinterherhinke.



An jeder Ecke eine Baustelle: Besonders hier arbeiten viele ausländische Kräfte (Bild: KHC).

Ihre Ansprechpartner

Redaktion: Katharina Höftmann; E-Mail: hoeftmann.k@gmail.com

Projektverantwortlicher für den GIS-Vorstand: Jacques Korolnyk; E-Mail: jacques.korolnyk@israel-schweiz.org.il

Spenden ermöglichen die wöchentliche Publikation der ZWISCHENZEILEN. Wir hoffen, auch Sie bald zu unseren Gönnern zählen zu dürfen. Hier die Kontoangaben in der Schweiz:

IBAN: CH02 0900 0000 1660 2152 7 - Kontoinhaber: Verein-AMUTA*, CH-8702 Zollikon
Bank: PostFinance AG, Funkenstrasse 10, CH-4800 Zofingen - SWIFT/BIC: POFICHBEXXX

*Überweisung zu lokalen Bedingungen